

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhildburghausen bestellte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon-Sammelnummer 72208 — <b>Postfachkonto Leipzig Nr. 53477</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. — <b>Verlag in Leipzig,</b> Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10gespalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10gesp. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10gesp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Retikametzelle 2 Pf. Inzerate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorkauf 50 Pf., Retikametzelle 2.25 Pf.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## An die Arbeiter aller Länder!

In einer Zeit großen geschichtlichen Geschehens, voll drückender Sorgen und drohender Gefahren, rückt das internationale Proletariat zum Festtag der Arbeit.

Im Vordergrund der weltpolitischen Ereignisse steht das Erwachen des chinesischen Volkes, sein

### gewaltiger Kampf um das Recht auf volle Selbstbestimmung.

Er erblüht mit Freiheitshoffen die Seelen der unterdrückten Völker aller Farben und aller Rassen und zeigt den Imperialisten aller Länder:

### die Epoche kolonialer Ausbeutung geht zu Ende!

„Das, was in China geschieht, ist der erste Anfang der großen Reue der letzten großen Reservearmee des Kapitalismus und bewegen, Genossen, ist, was dort geschieht, unsere kleinste Sorge und bewegen wollen wir den Arbeiter dort durch unseren Gruß schiden!“ In rührender Erinnerung an die Ereignisse wurde diese Erkenntnis vor zwei Jahren unter dem himmlischen Zaubel des ganzen Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille ausgesprochen; heute ist sie zum Gemeingut der Arbeiterklasse der ganzen Welt geworden. Sowie die Weltspalte es innerhalb des Proletariats über den besten Weg zu seiner Befreiung auch geben mag, in der

### Sympathie und Solidarität

### für die nationale Freiheitsbewegung in China

besteht volle Einigkeit.

Ein Drittel der Erdkugel liegt zwischen London und Schanghai. Wir können der Revolution in den vorberstehenden Reihen der chinesischen Proletarier kämpfen, keine unmittelbare Hilfe leisten. Aber wir können sie unterstützen durch unsere Aktion in der Heimat der imperialistischen Ausbeuter. Sie verfügen über die Machtmittel des Staates, für sie ist der Weg nach China offen, sie hoffen noch immer, mit Pulver und Blei die schmachvolle Schande ihrer „Kolonisation“ und „Territorialitätsprivilegien“ zu behaupten. Und deshalb demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die sofortige

### Rückberufung der fremden Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Arbeiter, Sozialisten!  
Auch Europa ist von neuen Kriegen bedroht. Je weiter die Völker durch die Reaktion in den Abgrund ökonomischer Verwüstung und geistiger Verflassung getrieben werden, um so größer wird die Gefahr, daß die Diktatoren das Sabotage-Spiel eines Eroberungssektors zutreiben. Insbesondere liegt auf europäischem Gebiet

### das Gefahrenzentrum der Kriegstillung in dem verbrecherischen System des Faschismus.

Schon ist Albanien auf dem Weg, in eine wirkliche Kolonie Italiens umgewandelt zu werden. Die Gefahr eines neuen Balkankrieges mit allen seinen Schrecken für ganz Europa steigt drohend heran. Und daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die alte Forderung der Sozialistischen Internationale:

### Der Balkan den Balkanvölkern!

### Für die Balkanföderation der freien Völker des Balkans!

Weber die Verwicklungen des Krieges, den wir erlebt, noch die Gefährdung des Friedens, die neu vor uns steht, haben den kapitalistischen Regierungen das Gewissen geschärft. Die imperialistischen Interessen sind härter als der Abrüstungsgedanke. Welch ein Abstand zwischen den Verheißungen Wilsons und den bisherigen Resultaten des Völkerbundes! Arbeiter, auch erwacht daher die Pflicht, neuerlich zu demonstrieren

### gegen das Weltkriegen in allen seinen Formen! gegen den Militarismus! für die Friedenspolitik der Arbeiterklasse!

Unter der Erdröschung der Meinungsfreiheit leidet die Arbeiterbewegung in den Ländern der Demokratie. Keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Organisationsfreiheit, diese Wahrzeichen des russischen Jazismus herrschen heute wieder über einen großen Teil Europas und in Rußland selbst! Tausende und aber Tausende politische Gefangene sitzen in den Kerzern und Verbannungsorten, Tausende und aber Tausende politische Flüchtlinge erdulden das harte Los der Emigration! Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

### für die Wiederherstellung der politischen Freiheit und der Demokratie! für die Amnestie der politischen Verurteilten und Gefangenen!

und wir begrüßen die Feier des 1. Mai zur

### Stärkung des Matteotti-Fonds,

des Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie.

Seit der letzten Waiseier ist im Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages ein kleiner Fortschritt erzielt worden. Belgien hat die Konvention von Washington über den Achtstundentag ratifiziert. Aber noch immer leisten die großen Industrieländer Europas, vor allem England und Deutschland, passive Resistenz. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

### für den Achtstundentag!

### für die Ratifikation des Abkommens von Washington!

Jahre um Jahre vergehen, aber der Kapitalismus erweist sich als unfähig, die Massenarbeitslosigkeit, die sein Weltreig erzeugt hat, zu beseitigen. Noch immer sind Millionen gesunder Menschen zu Untätigkeit und Verelendung verdammt. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

### für die Arbeitslosenfürsorge in allen Formen, für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung,

deren Wahnsinn sich im Schicksal der Arbeitslosen am sinnfälligsten offenbart.

Unter allen sozialpolitischen Forderungen sind die wichtigsten die Sicherung unseres Nachwuchses vor Verelendung, die Schaffung von Lebensbedingungen, die die körperliche und geistige Gesundheit der Jugend verbürgen. Daher demonstrieren wir am 1. Mai

### für Jugendschutz und Jugendrecht!

Aber wir haben für die Jugend nicht nur zu sorgen, wir haben auch Forderungen an die Jugend. Soll das Werk, das die Arbeiterklasse unter den schwierigsten Kampfbedingungen in unendlichen Mühen und Opfern begonnen, zum streitigen Ende geführt werden, so muß die neue Generation erfüllt sein

### mit sozialistischen Jugendidealen!

Diese neue Generation, auf deren Kindheit das Elend des Krieges gelastet hat, die die Arbeiterbewegung zuerst kennen lernte in den Irrungen und Wirrungen der Nachkriegszeit, sie muß den Strepitismus und den Kleinmut überwinden, sie muß die Erhabenheit des sozialistischen Endzieles erkennen, sie muß sich durchringen zur Erkenntnis der gewaltigen Größe des Kampfes der Arbeiterklasse, die sich und die Menschheit befreit, sie muß in sich aufnehmen den Geist und den Opfermut der großen Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Der Glaube an die sozialistische Massenbewegung, der uns erfüllt, soll auch lebendig werden in den Herzen und Hirnen unserer Jugend, soll sie einleibern in die siegreich fortschreitenden Kampfzeilen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

4. April 1927.

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

## Der Aufsichtsrat. Ein Blümlein Rühr-nicht-dran.

Berlin, 7. April.

Am Mittwoch haben die Regierungsparteien eine empfindliche Niederlage zu verbuchen gehabt. Der vielumstrittene Gesetzentwurf über die Regelung der Zündholzproduktion wurde an den Ausschuss zurückverwiesen. Die Ursache des Beschlusses waren Enthüllungen, die Genosse Heinig machte, nach denen sich ergab, daß die Führer des schwedischen Zündholztrufes bis in die deutschnationale Reichstagsfraktion hineinreichten. Als Berichterstatter des Ausschusses fungierte der Deutschnationale Behrens, ein Führer der christlichen Landarbeiter, der aus der Schule Stöckers stammt. Das Zündholzgesetz war dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen worden; dem Behrens sonst nicht angehört. Er war eigens zur Beratung dieses Gesetzes eingetretet, und er wurde auf Vorschlag der Deutschnationalen zum Berichterstatter ernannt. Erst bei den Mittwochverhandlungen stellten sich jene merkwürdigen Zusammenhänge heraus, die der Vorwärts in folgenden Worten zusammenfaßte:

„Behrens hat während der Ausschussberatungen fortgesetzt mit dem Vertrauensmann der Zwar-Kreuzer-Gruppe, dem Direktor Regenbanz und seinen Leuten verhandelt. Behrens, der als Führer des christlichen Landarbeitervorbandes ja nicht gerade als Sachverständiger für Industriefragen gelten kann, steht in einem unmittelbaren Geschäftsverhältnis zu der schwedischen Kapitalgruppe, deren Ausbeutung im internationalen und im deutschen Wirtschaftsgetriebe wiederholt überwiegen wurde. Herr Franz Behrens war nämlich eine Zeitlang Aufsichtsrat der Norddeutschen Zündholz-Attienengesellschaft. Schwerlich waren es die von der Deutschnationalen Partei so hochgepriesenen Gründe der politischen Sauberkeit, die Herrn Behrens veranlaßten, dieses schöne Mandat niederzulegen. Denn da das wahre Genie sich nicht so leicht von den Sternen seines Schicksals zu trennen vermag, lagerte er sofort wieder in einem anderen Aufsichtsrat, dem der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank, deren halbes Aktienkapital in den Händen der Schwedengruppe sich befindet. So war Behrens, der Landarbeiterführer unter den christlichen Gewerkschaften, geschäftlich an dem Zündholztruf interessiert, und er nahm als Reichstagsabgeordneter diese Geschäftsbeziehungen wahr, trat als Industriefachverständiger seiner Partei im Ausschuss auf, unterhielt sich während der Verhandlungen mit seinen Geschäftsfreunden — kurz: „Hob die Sache“, wie man so zu sagen pflegt.“

Diese Zusammenhänge wurden, wie gesagt, in einer Wenigkeit des Reichstages dargelegt. Daraufhin wurde der Gesetzentwurf an den Ausschuss zurückverwiesen, der zu diesem Zwecke heute vormittag zusammentrat. Herr Behrens verteidigte sich mit der bei ihm gewohnten „Rührnheit“, um nichts anderes zu sagen. Er trug ein rötliches Blümlein, knospende Leokoe, im Knopfloch. Es wurde zum Blümlein Rührn-micht-dran, obwohl ihr Träger von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten hart angegriffen wurde. Hinter Herrn Behrens aber stand unsichtbar der Aufsichtsrat schlechthin.

Hier war wieder einmal ein Sonderfall, wo der Zusammenhang zwischen Aufsichtsratsinteressen und Politik so offen zutage trat, daß sich nichts verschleiern ließ, obwohl nicht bestritten wurde, daß sowohl der mündliche, als auch der schriftliche Bericht völlig objektiv erstattet wurde. Das merkwürdigste bei alledem war, daß selbst die Regierung an der Erledigung dieses Gesetzes keinerlei Interesse zeigte.

Im Ausschuss wurde zunächst eine fast dreistündige Geschäftsordnungsdebatte geführt, bei der sich mancherlei sonderbare Wendungen ergaben. Zu seiner Entlastung teilte Behrens mit, daß er doch nicht allein dem Aufsichtsrat der Preussischen Hypothekenbank zugehöre. Er nannte Cuno, den Reichskanzler a. D., Reinhold und andre, die doch ebenfalls als Politiker einen Namen hätten. Was wolle man dann gegen ihn? Dabei wurde freilich festgestellt, daß sowohl Reinhold als auch der Reichswirtschaftsminister Curtius bei Antritt ihres Amtes ihre Aufsichtsratsämter ausgegeben hätten. Curtius bestatigte dies ausdrücklich, womit nun nicht gesagt sein soll, daß sie damit auch alle sonstigen Beziehungen zu ihren früheren Geschäftsfreunden haben. Jedenfalls wählten sie die Form und mehr verlangt der ehrenwerte Parlamentarier nicht. Was würde werden, wenn Volkswereiter kleinerer Aufsichtsratsposten übernehmen dürften? Selbst die Demokraten erklärten immerfort, daß sie keineswegs „moralisieren“ wollten. Verzicht auf die einträglichen Pöstchen? Keineswegs! Nur die Geschäfte nicht so offen führen, das war der Tenor, der sich wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte zog.

Der demokratische Redner verwies auf den Plauener Prozeß, aus dem sich ergab, daß ausgesprochen Deutschnationale jenes Material gesammelt hatten, um Herrn Stresemann wegen der gleichen Zusammenhänge an den Nagel zu fahren. Doch auch dieser Vorwurf vermochte keinerlei Wirkung zu erzielen. Trotz der Plauener Erfahrungen stand der Regierungsbloch dicht und geschlossen hinter Behrens, dem Wortführer der schwedischen Zündholzinteressen. Geld stinkt nicht. Und die Vertretung kapitalistischer Privatinteressen ist sozusagen ein ungeschriebenes, aber geheiligtes Recht des bürgerlichen Volksvertreters.

Wie viele Fässer von Tinte sind seinerzeit in der Barmalaffäre verschrieben worden. Wir haben von unserem damaligen Urteil auch nicht ein Jota zurückzunehmen. Gewiß existiert für die Sozialdemokratie das Aufsichtsratsproblem

## Die Große Koalition in Thüringen gescheitert.

WIZ, Weimar, 7. April.

Die an den Verhandlungen zur Bildung einer Mehrheitsregierung in Thüringen beteiligten Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten haben heute ihre Antwort auf die von den Demokraten als Verhandlungsgrundlage aufgestellten Richtlinien erteilt. In der Antwort der Sozialdemokraten heißt es, sie betrachteten die bisher gehaltenen Verhandlungen als gescheitert, da durch das Verhalten der Rechtsparteien eine Einigung über die elementarsten Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht habe erzielt werden können. Die andern Parteien hatten ihr Einverständnis zur Großen Koalition erklärt, die in Thüringen nun nicht mehr zustande kommen kann.

Wie der Soc. Pressebericht berichtet, konzentrierte sich die Aussprache zuletzt auf die Fragen des Schulzolls und des Achtstundentages. Volkspartei, Landbund und Wirtschaftspartei waren jedoch nicht gewillt, der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung die notwendigen Zugeständnisse zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb beschlossen, die Verhandlungen als gescheitert zu erklären. Der Bezirksbeitrag der Partei hat diese Stellungnahme einstimmig gebilligt.

Die Folge davon war, daß die auf Freitag, vormittags 10 Uhr, angelegte Landtagsitzung auf mittags verlegt worden ist. Wie man hört, will die Rechte den Vorschlag eines Kabinetts machen.

### Das heikumstrittene Mandat.

Der bisherige völkische Abgeordnete Wünsche, dessen Mandat vom thüringischen Landtag für ungültig erklärt worden war, hat dem Lande Thüringen eine Zivilklage angedroht. Daraufhin beschloß das thüringische Staatsministerium, den Staatsgerichtshof des Landes zur Entscheidung darüber anzurufen, ob der Landtag befugt war, über die Gültigkeit des Mandats zu entscheiden, obwohl ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten beantragt hatte, die Prüfung der Wahl dem Wahlprüfungsgericht zu überweisen.

### Revision im Giesener Feme-prozeß.

SPD, Berlin, 8. April. (Radio.)

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch die Verteidiger des Angeklagten v. Salomon gegen das Urteil in dem Giesener Feme-prozeß Revision eingelegt haben. Es ist damit zu rechnen, daß der Revisionsprozeß Anfang Mai vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfindet.